

Für eine zeitgemässe Wirtschaftspolitik

Redebeitrag von Martin Landolt, Nationalrat Die Mitte (GL) / *Es gilt das gesprochene Wort*

Seit ich in Bern politisieren darf, begegnet mir ein Thema mit stetiger Regelmässigkeit: Der Fachkräftemangel. Und mit ebenso stetiger Regelmässigkeit stellt man dabei fest, dass wir es uns erschreckenderweise leisten, insbesondere auf unzählige Frauen zu verzichten, die gerne mehr arbeiten wollen würden. Und während sich die einen nicht auf mehrheitsfähige Lösungen einigen können, beklagen sich andere lauthals über die Zuwanderung – nur: Wer sein inländisches Potenzial nicht nutzt, darf nicht staunen, wenn die Unternehmen im Ausland rekrutieren.

Aus liberaler Sicht gilt es, Anreize zu schaffen, Fehlanreize zu eliminieren. Und berufstätige Eltern sind leider mit mehreren Fehlanreizen gleichzeitig konfrontiert: Fehlende Lohngleichheit, die Heiratsstrafe bei den Steuern, ein nicht ausreichendes Angebot von familienergänzender Betreuung.

Eine zeitgemässe Wirtschaftspolitik bekämpft den Fachkräftemangel über die Förderung des inländischen Potenzials, indem sie diese Fehlanreize eliminiert. Deshalb unterstütze ich die Einführung der Individualbesteuerung. Deshalb unterstütze ich die Kita-Initiative.

Ja, diese Initiative setzt auf den Staat; auf den Bund und die Kantone. Aber in einer sozialen Marktwirtschaft braucht es dieses Zusammenspiel von Staat und Markt. Und der Markt kann und will nicht ein breit verfügbares, zahlbares Netz von familienergänzenden Betreuungsangeboten sicherstellen.

Der gleiche Markt rechtfertigt aus ökonomischer Sicht beispielsweise auch nicht ein Angebot von Poststellen in sämtlichen Regionen, so, wie wir dies heute haben und auch unbedingt wollen.

Grundversorgung ist eben eine staatliche Aufgabe. Und eine zahlbare familienergänzende Kinderbetreuung in sämtlichen Regionen gehört durchaus auch zur Grundversorgung. Und zwar zu einer Grundversorgung, die sich an den aktuellen und künftigen Bedürfnissen von Gesellschaft und Wirtschaft orientiert. Der Staat ermöglicht nämlich so dem Arbeitsmarkt, überall das inländische Potenzial optimal zu nutzen. Das führt zu mehr Steuersubstrat, zu weniger Fachkräftemangel und zu weniger Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften. Und es führt zu weniger Abwanderung aus den Randregionen, weil insbesondere junge Eltern nicht dorthin ziehen müssen, wo heute familienergänzende Betreuung – wenn auch teuer – angeboten wird.

Das sind im Wesentlichen die Gründe, weshalb ich als bürgerlicher Politiker und als Vertreter eines Bergkantons diese Initiative überzeugt unterstütze.